

Preussischer Landtag.

Berlin, 9. Febr. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus setzte die Beratung des

Schätzungsamtsgesetzentwurfs.

Abg. Cassel (Fortchr. Sp.): Die Einrichtung öffentlicher Schätzungsämter haben wir immer gewünscht, um der Verunsichertheit der Taxen ein Ende zu machen. Es fehlt aber gänzlich an Richtlinien, wonach die Schätzungen aufgestellt werden sollen, und die Verantwortung dafür können wir der Regierung allein nicht überlassen. Das Gesetz aber muß diese Richtlinien wenigstens im Prinzip enthalten. Es ist auch ein Mangel, daß es gegen die Schätzungen kein Rechtsmittel gibt. Im Zusammenhang mit diesem Gesetze ist den Gemeinden freundlich gesagt worden, aber was werden sie tatsächlich bei der Durchführung dieses Gesetzes zu sagen haben? Das zeigt sich besonders bei der Einrichtung des Schätzungsamtes für Groß-Berlin. Diese Absicht hat in Berlin eine große Erbitterung hervorgerufen. In Groß-Berlin herrschen verschiedene Bauordnungen, und die größten Vororte Berlins haben noch sehr viel unerschlossenes Bauland, sodaß die Verhältnisse sehr verschieden liegen. Die Berliner Feuer-Sozialität hat sich bei ihren Schätzungen durchaus bewährt. Hat der Zweckverband Groß-Berlin etwa schon so Großes geleistet, daß man ihm auch diese Aufgabe übertragen kann? Womit rechtfertigt man diese neuen Eingriffe in die Selbstverwaltung Berlins gerade zu dieser Zeit, die gerade Berlin die schwersten Pflichten auferlegt? Alle Anerkennung, die uns dafür zuteil wird, kann uns keine Entschädigung für diese Aushöhlung der Selbstverwaltung Berlins sein, gegen die wir schärfsten Protest einlegen. Die Berliner Bevölkerung wird wie Parias und Gelosen behandelt. Es ist eine eigene Sache, daß der Landwirtschaftsminister berufen ist, den städtischen Realcredit zu schützen. Der Redner geht dann des Näheren auf einzelne Bestimmungen des Gesetzes ein. Die Durchführung des Gesetzes wird zu einer Katastrophe im Grundbesitz führen. Die Begründung des Gesetzes ist voller Widersprüche und lasse einen Schluß auf das Gesetz selbst zu. Man soll in Schätzungsämtern auch Grundbesitzer zulassen. Die Folge des Gesetzes wird sein, daß auch die Realsteuern zurückgehen. Auch der Staat hat ein Interesse an der Erhaltung eines gesunden Grundbesitzstandes in Berlin.

Minister von Schorlemer: Als Landwirtschaftsminister und als Staatssekretär habe ich die Aufgabe, die Interessen der Allgemeinheit, und diese unter Umständen auch gegen die Landwirtschaft zu vertreten. Ich bin mir bewußt, das bisher getan zu haben, und ich kann in diesem Bewußtsein die Anerkennung des Vorredners entbehren. Ich habe bereits gestern erklärt, daß bei allem Entgegenkommen der Regierung doch der Gedanke festgehalten werden müsse, daß das Schätzungsamt für Groß-Berlin nur ein einheitliches sein darf. Die Verhältnisse von Berlin hören nicht an den Grenzen Berlins auf. Es sind größtenteils dieselben Geschäfte, die in Berlin und seinen Vororten die Grundstücke beleihen. Die Regierung ist aber bereit, bei der Zusammenfassung des Schätzungsamtes für Groß-Berlin die Interessen der Stadt Berlin besonders zu berücksichtigen.

Minister von Loebell: Auch dieser Gesetzentwurf ist zum Anlaß von Angriffen gegen den Minister des Innern gemacht worden. Aber aus der Begründung geht hervor daß rein sachliche Gründe für die Errichtung eines Schätzungsamtes für Groß-Berlin geführt haben. Wo die baulichen Grenzen der Gemeinde so ineinander laufen, wie in Berlin, da ist nur ein einheitliches Schätzungsamt am Platze.

Abg. Hirsch (Soz.) stimmt dem Gesetzentwurf im Prinzip zu und wendet sich gegen die Benachteiligung Berlins in dem Gesetzentwurf.

Die Debatte wird vertagt.

Abg. Cassel bemerkt persönlich, daß er lediglich die Amtsführung des Ministers an Hand dieses Gesetzes kritisiert habe und dazu habe er als Abgeordneter das Recht.

Morgen 8 Uhr: Fortsetzung.